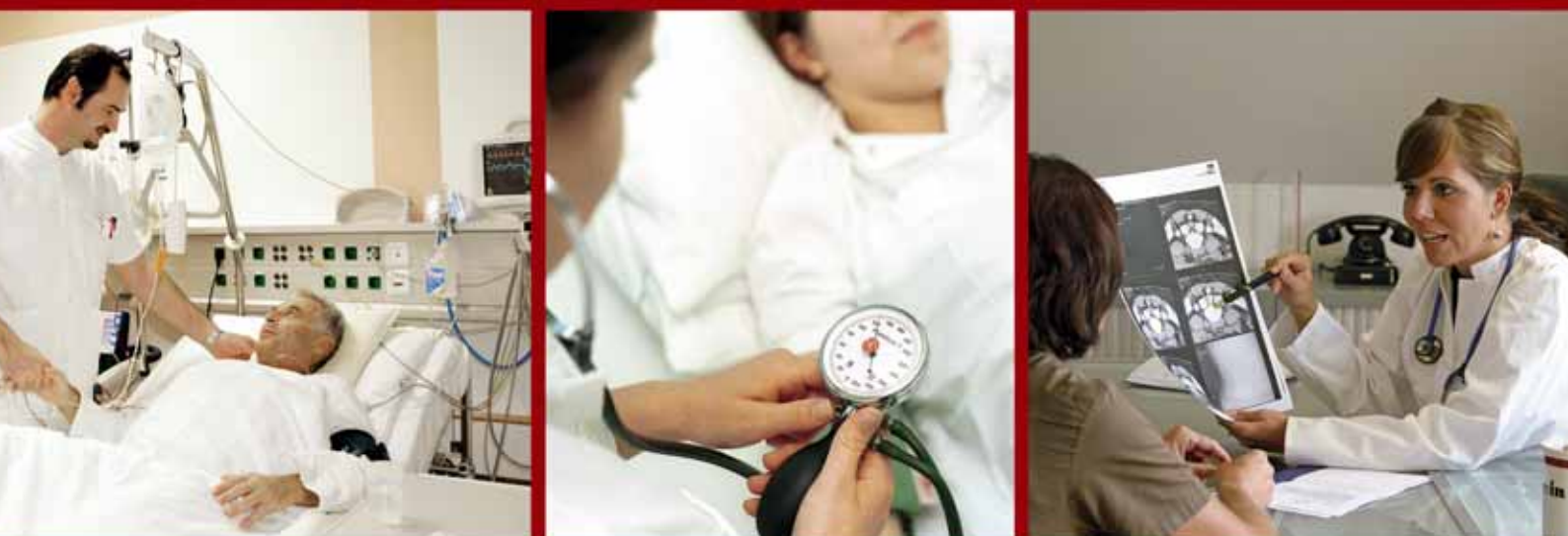


aktuell

Erfolge im Gesundheitsressort:



Kassen im Plus



Spitalsreform beginnt!

Sie galt als eine der Herkules-Aufgaben, denen sich die SPÖ-geführte Bundesregierung zu stellen hatte: die Sanierung der hoch defizitären Krankenkassen. Immerhin ging es darum, das ausgezeichnete österreichische Gesundheitssystem, um das uns die ganze Welt beneidet, zukunftssicher zu machen. Die Krankenkassen haben 2010 einen Überschuss von 361,7 Millionen Euro erzielt, um 84,1 Mio. Euro mehr, als noch im Februar prognostiziert. Und für 2012 wird ebenfalls ein Plus vorhergesagt. Das ist Gesundheitsminister Alois Stöger gelungen. Jetzt gilt es, den erfolgreichen Weg weiterzugehen und das Kassen-Defizit in den nächsten Jahren auf Null zu senken – ohne bei den Leistungen Einschnitte zu machen, die den hohen Standard für die Patientinnen und Patienten verschlechtern.

Die Politikerbeschimpfung von Erste Group-General Andreas Treichl empört Österreich. Ein mit üppigen Gagen ausgestatteter Unternehmenschef, der noch dazu staatliche Notstandshilfe beziehen musste, sollte sich wohl derartige Verbaljurien sparen.

Eure Redaktion



Matthias Machnig, Wirtschaftsminister in Thüringen, früherer Staatssekretär im deutschen Umweltministerium und davor SPD-Bundesgeschäftsführer betont den Zusammenhang zwischen technologischem Fortschritt und nachhaltigem Wirtschaften. Seite 14

Soll Österreich aus der Eurozone aussteigen?



Zwei Drittel für Verbleib in Eurozone

Fast zwei Drittel der Befragten wollen beim Euro bleiben, der uns viele Vorteile gebracht hat. Wenn es den gemeinsamen Euro nicht gäbe, würde die Wirtschaftsleistung um fünf Prozent abstürzen. „Das wäre eine gewaltige Krise, die an die 30er-Jahre erinnert“, warnt Bundeskanzler Werner Faymann. ♦

Fotolia



7.000 Tonnen Plastiksackerln werden jährlich in Österreich verbraucht.

Schrittweises Aus für Plastiksackerln

Der SPÖ-Parlamentsklub sprach sich im Nationalrat für die sukzessive Reduktion und idealerweise für die gänzliche Abschaffung von Plastiksackerln aus. Stattdessen sollen nachhaltige Materialien aus natürlichen Produkten forciert werden. Plastiksackerln seien ein „Paradebeispiel für Kurzsichtigkeit und das Gegenteil von Nachhaltigkeit im Umgang mit Erdöl“ sagt SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr. ♦



picturedesk

„Kastenhaltung“ bedeutet für hunderttausende Sauen in Österreich ein qualvolles Leben auf engstem Raum, eingequetscht zwischen Metallstäben.

NÖ Bauern werben für gequältes Fleisch

Ein Leben eingeklemmt zwischen kaltem Metall, keine Möglichkeit sich umzudrehen oder einfach nur zu kratzen. Diese unfassbare Tierquälerei, bekannt als „Kastenhaltung von Sauen“ will Tierschutzminister Alois Stöger verbieten. Und das sorgt für Unmut unter Niederösterreichs Schweinebauern. Mit der Kampagne „Das beste Schnitzel kommt aus Österreich“ werben sie für die Kastenhaltung. SPÖ-Tierschutzsprecher Dietmar Keck kritisiert die Kampagne aufs Schärfste: „Niederösterreichs Bauern sollten sich schämen für die Beibehaltung dieser Grausamkeit zu werben.“ Und auch für SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim steht fest: „Dass laut Auffassung der niederösterreichischen Bauern nur gequältes Fleisch gutes Fleisch sein soll, bedarf keiner weiteren Erörterung und ist an Grausamkeit kaum zu überbieten.“ Die beiden Abgeordneten werden daher eine Informationskampagne starten, um Tierschutzminister Stöger in seinem Kampf gegen die Tierquälerei zu unterstützen. ♦

Zitat der Woche

„Angesichts dieser guten Wirtschafts- und Beschäftigungszahlen habe ich kein Verständnis für die Stillstand-Kommentatoren.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

Scheidungen: Besuchspflicht für Väter

Frauenministerin Heinisch-Hosek will neue Besuchsregelungen nach der Scheidung. Väter sollen mehr Rechte, aber auch mehr Pflichten bekommen.

Hintergrund ihres Vorstoßes ist ein umstrittenes Urteil des Obersten Gerichtshofs, wonach ein Vater Schadenersatz erhält, wenn die Kindesmutter den Kontakt zum Kind grundlos verhindert. Heinisch-Hosek kann sich vorstellen, dass es eine Mindestbesuchszeit von vier Tagen im Monat gibt. Gleichzeitig sollen Väter aber

auch mehr Pflichten haben: z.B. könnte sich der Unterhalt erhöhen, wenn der Vater das Kind nicht besucht, obwohl es vereinbart ist. „Mütter sollen nicht verhindern dürfen, dass das Kind seinen Vater besuchen darf; Väter sollen aber auch dazu verpflichtet werden, ihr Kind zu besuchen“, so Heinisch-Hosek. ♦



Bilderbox

Neue Besuchsregeln sollen die Rechte und Pflichten der Eltern im Scheidungsfall klar festlegen.



Zynische Ablenkungsmanöver

Brauchen Banken wirklich Verbalattacken, um gehört zu werden? Nein.



Banken haben ihre Lobbyisten in der EU, Bankenvertreter sitzen im Parlament. Gelten die auch als dumm und feig?

Was für ein Zufall. Da erhöht eine Bank die Gagen ihrer Aufsichtsräte um das Doppelte und am nächsten Tag beschimpft dessen Direktor die Politik pauschal als „feig“ und „mutlos“ – hofend, dass eine öffentliche Diskussion über Politiker losbricht statt über unverhältnismäßige Gagen. Laut einer jüngst veröffentlichten Studie der Arbeiterkammer verdienen die Top-Vorstände der großen heimischen Unternehmen das 41-fache ihrer Angestellten. Vor zehn Jahren war es „nur“ das 20-fache.

Die Manager zweier heimischer Großbanken ließen sich ihre Gagen um 80 Prozent erhöhen – nachdem sie ihr Unternehmen mit den Steuergeldern der breiten Masse retten ließen.

Über das Regelwerk Basel III soll man aber reden. Diese strengen Regeln haben nicht nur Politiker, sondern Banker selbst vereinbart. Aber es gibt auch vernünftige Banker, die wissen, dass neue Regulierungen notwendig sind.

Aber brauchen Banker wirklich so drastische Worte, um gehört zu werden? Nein, natürlich nicht – die Banken haben ihre Lobbyisten in der EU, Bankenvertreter sitzen im Parlament. Apropos: Gelten die auch als dumm und feig? Doch genug von dieser oberflächlichen Ablenkungsdiskussion.

Wir werden aber weiter darüber diskutieren, ob man nicht die Bankenabgabe erhöhen kann, wenn die Banken wieder Gewinne schreiben. Dass man die Gruppenbesteuerung, die besonders Banken zugute kommt, reformieren sollte. Es ist nicht einzusehen, dass die Banken ihre im Ausland gemachten Verluste ewig im Inland abschreiben können. Und wir werden weiter davon reden, dass Managergehälter über 500.000 Euro nicht mehr steuerlich absetzbar sein sollen.

Die Bankenvertreter reden nicht für „die Wirtschaft“ – kein kleiner oder mittlerer Be-

„Die Bankenvertreter reden nicht für ‚die Wirtschaft‘ – kein kleiner oder mittlerer Betrieb hat einen vergleichbaren Einfluss auf die europäische Politik wie die Bankenlobby. Kein Wirtschaftsunternehmen hat diese steuerlichen Vorteile.“

trieb hat einen vergleichbaren Einfluss auf die europäische Politik wie die Bankenlobby. Kein Wirtschaftsunternehmen hat diese steuerlichen Vorteile. Jeder Betrieb, der schlecht wirtschaftet, muss in die Insolvenz gehen – eine Bank nicht.

Also ist es logisch, dass manche Banken versuchen, sich mit Politikerbeschimpfung „die Wirtschaft“ als Verbündeten und Politikerbashing als gemeinsamen Nenner zu suchen. Aber es muss sich ja nur jeder kleine Betrieb überlegen, wie es ihm geht, wenn er um einen Kredit ansucht. Wie viele Kreditnehmer trauen sich dann, ihren Kreditgeber zu beschimpfen? Ich will nicht genauso generalisieren. Es gibt nicht „die“ Banken und „die“ Banker – auch hier gibt es welche, die neue Regulierungen wollen, die sich auf die Realwirtschaft konzentrieren, weil sie wissen, es muss gerechter zugehen.

Kein Betrieb, kein Arbeitnehmer kann sich leisten, was sich manche Banken herausnehmen: Gewinne wollen sie privatisieren, Verluste sollen sozialisiert werden, das Risiko soll an den Staat delegiert werden.

Der Widerstand, der uns aus einem Teil der Welt der Finanz entgegen schlägt, sollten wir als Bestätigung für unseren richtigen Kurs sehen. Es geht um den notwendigen Mut zur Veränderung. Immerhin ist die Sozialdemokratie mutig genug, um sich in Österreich und auch in Europa gegen die Finanzmarktlobbyisten mit ihrem ganzen Netzwerk und für strengere Regeln, Kontrollen und Beiträge einzusetzen. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl, Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia (2), Begsteiger (2), Bilderbox (2), Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

KRANKENKASSEN

Stöger dreht ins

Da 2010 ein satter Überschuss erwirtschaftet werden konnte, ist es gelungen, die Schulden der Krankenkassen von 1,1 Milliarden auf 570 Millionen Euro zu senken.

Zinner



Prävention ist einer der wesentlichen Kernbereiche, um unser Gesundheitssystem fit für die Zukunft zu machen.

Der Konsolidierungskurs der Bundesregierung bei den Krankenkassen hat Ergebnisse gezeigt. Die Schuldenbelastung konnte dramatisch reduziert werden. „Die Krankenkassen haben ihre Ziele übererfüllt“, stellte Bundeskanzler Werner Faymann erfreut fest. Ziel ist nun, die Schulden der Krankenkassen im kommenden Jahr auf Null zu reduzieren.

Die Krankenkassen haben 2010 einen Überschuss von 361,7 Mio. Euro erzielt, um 84,1 Mio. Euro mehr, als noch im Februar prognostiziert. Lediglich die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft schloss 2010 mit einem Minus von 14,8 Mio. Euro ab. Alle anderen Kassen – und damit erstmals seit vielen Jahren auch alle Gebietskrankenkassen (GKK) – konnten einen Überschuss verbuchen. Unter

den Gebietskrankenkassen ist das Plus der Wiener im Jahr 2010 mit 65,6 Mio. am größten, dahinter folgen die Steirische mit 54,9 Mio., die Oberösterreichische mit 37,2 Mio. und die Kärntner mit 28,3 Mio. Euro. Die Niederösterreichische GKK erzielte ein Plus von 27,6 Mio., die Tiroler von 26,4 Mio., die Salzburger von 15,5 Mio., die Burgenländische von 7,2 Mio. und die Vorarlberger von 5,5 Mio. Euro.

Anders als noch im Februar wird den Krankenkassen nun auch für 2011 ein Positivsaldo im Ausmaß von 44 Mio. Euro vorhergesagt.

Maßnahmen zur Entschuldung

Die Reduzierung des Schuldenstands konnte durch die konsequente Umsetzung

eines Maßnahmenkatalogs erreicht werden, der Verhandlungen mit der Pharmaindustrie über Medikamentenpreise und Verhandlungen mit Vertragsärzten und Rettungsdiensten beinhaltete. Zudem gab es eine einmalige Unterstützung seitens der Regierung mit 100 Mio. Euro. Durch diese Maßnahmen konnten 410 Mio. Euro eingespart werden. „Mein Ziel war es, die Finanzierung der Gebietskrankenkassen zu sichern. Das ist gelungen“, sagte Gesundheitsminister Alois Stöger.

Noch im letzten Nationalratswahlkampf war von den „kranken Kassen“ die Rede. Durch die Schuldensenkung wird dieses Image revidiert werden müssen. Damit gibt es auch Spielraum für neue Maßnahmen. So wurde Transparenz bei den Wartezeiten in Krankenhäusern beschlossen. Einer

Plus

Zweiklassenmedizin soll so vorgebeugt werden.

Gegen eine Zweiklassenmedizin

Auch der Hauptverband der Sozialversicherungsträger ist mit dem Konsolidierungskurs der Krankenkassen zufrieden. Trotz des Überschusses seien aber noch weitere Bemühungen nötig, sagt auch der Vorstandsvorsitzende im Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Hans Jörg Schelling. „Wir sind nicht am Ende des Pfads“, betont Schelling. Der Hauptverbands-Chef verweist darauf, dass in den 361,7 Mio. Euro im Vorjahr noch die 100 Mio. Euro aus dem Strukturfonds enthalten sind. Dieser wurde von der Politik für die nächsten Jahre auf 40 Mio. reduziert. Außerdem sei nun wieder eine leicht steigende Ten-

denz bei den Medikamentenkosten zu registrieren. Der Schuldenstand der Kassen liege immer noch bei rund 600 Mio. Euro, sagt Schelling. Deshalb müssten die Kassen zunächst auf „solide Beine“ gestellt werden, dann erst könne man über neue Leistungen nachdenken.

Gesundheitskonferenz erarbeitet Gesundheitsziele

Mit der geplanten Spitals- und Gesundheitsreform wird ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung einer nachhaltigen Konsolidierung der Kassen gesetzt. Mit einer großen Gesundheitskonferenz wurde der Startschuss zur Erarbeitung von Gesundheitszielen gegeben. In einem breit angelegten Prozess unter Einbindung verschiedener gesellschaftlicher Bereiche sollen bis Mitte nächsten Jahres Ziele formuliert und beschlossen werden, die auch als strategischer Rahmen für die Steuerung des Gesundheitswesens dienen sollen.

Die Bundesgesundheitskommission hat am 1. April mit dem Startschuss zur

Spitalsreform auch die Entwicklung von Rahmen-Gesundheitszielen beschlossen, um den Herausforderungen in der Gesundheitspolitik mit gebündelten Kräften besser begegnen zu können. Gesundheitsziele sollen dafür eine strategische Orientierung bieten und unterschiedliche Aspekte – von der Gesundheitsförderung bis zu Versorgungsthemen – integrieren.

Gesundheit wird dabei als mehr als nur Krankenversorgung betrachtet. Daher rücken Faktoren wie Bildungsstatus, Umwelteinflüsse, soziale Sicherheit oder Arbeitssituation in den Vordergrund und bei der Entwicklung der Gesundheitsziele werden deshalb im Sinne eines „Gesundheit für alle“-Ansatzes alle relevanten Politikfelder und gesellschaftlichen Bereiche einbezogen.

Darüber hinaus wird es auch eine Online-Plattform geben, über die sich die Bürger einbringen können. Beschlossen sollen die Ziele dann von der Bundesgesundheitskommission und dem Ministerrat vor dem Sommer 2012 werden. ♦

OPERATIONEN

Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin

Per Gesetz verboten und doch in der Praxis üblich: Das Vorziehen von Privatversicherten bei Operationsterminen. Mit dem Öffentlichmachen von OP-Terminen wird diese Ungerechtigkeit nun beendet.

„Damit können wir sicherstellen, dass eine Zwei-Klassen-Medizin nicht möglich ist.“

Gesundheitsminister Alois Stöger

Früherer Termin aufgrund privater Krankenversicherung? Eine öffentlich einsehbare Datenbank wird diesem Vorgehen einen Riegel vorschieben.

Keine Frage: Österreich verfügt über eines der besten Gesundheitssysteme der Welt und garantiert jedem Menschen die beste medizinische Versorgung – unabhängig vom Geldbeutel. Trotz gesetzlichen Verbots kam es aber bisher immer wieder zu einer Bevorzugung von Privatversicherten bei der Vergabe von Operationsterminen. Dem wird Gesundheitsminister Alois Stöger nun einen Riegel vorschieben. Alle gemeinnützigen Spitäler werden künftig verpflichtet sein, ihre Operationstermine mit den anonymisierten Namen der Patienten im Internet zu veröffentlichen. Somit haben Patienten die Möglichkeit selbst zu überprüfen, ob bei der

Vergabe ihres Termins alles mit rechten Dingen zugeht. Neben der Reihung werden aber auch andere Faktoren berücksichtigt werden. Patienten mit starken Schmerzen können mit einem früheren Termin rechnen.

Mehr Fairness und Gerechtigkeit durch Transparenz

Für Gesundheitsminister Alois Stöger ist diese Gesetzesänderung ein Schritt zu



Bildbox

noch mehr Gerechtigkeit und Fairness im Gesundheitssystem: „Damit können wir sicherstellen, dass eine Zwei-Klassen-Medizin nicht möglich ist.“ Bei planbaren Eingriffen sollen Patienten künftig auch vorab einsehen können, wann sie bei gewissen gesundheitlichen Problemen mit einem Operationstermin rechnen können. ♦

FINANZPOLITIK

Banken müssen für

Erste-Bank-Chef Andreas Treichl ist mit seiner Politiker-Beschimpfung in aller Munde. Inhaltlich gibt seine Kritik nichts her, wie Experten bestätigen. Für die SPÖ ist klar: Banken müssen für die Risiken, die sie eingehen, auch haften.

picturedesk



Erste-Banker Treichl: Mit Schimpftiraden gegen Österreichs Politiker versucht er von horrenden Gagen-Exzessen im Erste Group-Aufsichtsrat abzulenken.

„Es ergibt ein sehr schlechtes Bild, wenn man zuerst die Politik und die Menschen um Hilfe bittet und dann, wenn man die Hilfe bekommen hat, Raffgier und Abgehobenheit an den Tag legt.“

Staatssekretär Josef Ostermayer

Wenn ihm an Aufmerksamkeit gelegen war, dann hat er sein Ziel erreicht. Seit einigen Tagen dominiert der Chef der Erste-Group Andreas Treichl mit seiner Verbalattacke gegen Österreichs Politiker die Innenpolitik-Spalten aller Tageszeitungen. „Zu feig“, „zu dumm“ und wirtschaftspolitisch ahnungslos seien Österreichs Politiker, so der Erste-Chef. Auslöser seines Verbal-Ausrutschers waren die neuen Bankenkapitalvorschriften unter dem Titel „Basel III“. Banken müssen demnach eingegangene Risiken mit mehr Eigenkapital unterlegen, um gegebenenfalls haften zu können.

Experten widerlegen Kritik

Der Anlass für Treichls verbalen Angriff auf die Politik war, dass durch Basel III die neuen Regeln für die Kreditvergabe erschwert werden. Diese Kritik wird von manchen geteilt, richtet sich aber an die Falschen: Denn im Basel III-Ausschuss sitzen nicht Politiker, sondern Treichls Kollegen, Bankexperten und Bankenvertreter. Manche Finanzexperten können Treichls Kritik an den Basel-Bestimmungen allerdings nicht nachvollziehen: Mit der höheren Unterlegung von Eigenkapital für Risiken würden die richtigen Konsequenzen aus der Finanzkrise gezogen.

Für Bundeskanzler Werner Faymann ist selbstverständlich, dass Banken die Risiken, die sie eingehen, auch selbst bedecken – also „die Suppe selbst auslöffeln“ – können. Schließlich hafte auch jeder Klein- und Mittelbetrieb für seine Handlungen und Risiken. „Das muss auch für Banken gelten“, sagte der Kanzler.

Eine Frage des Stils

Neben den inhaltlichen Mängeln von Treichls Kritik muss auch die Art und Weise, wie sie vorgetragen wurde, zurückgewiesen werden. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bringt es auf den Punkt, wenn sie den Banker an den Bankenrettungsschirm erinnert: „Da waren sie alle sehr dankbar, da hat die Politik offensichtlich sehr viel verstanden von Wirtschaft und auch vom Bankwesen.“ Auch für Staatssekretär Josef Ostermayer ist Treichls jüngstes Verhalten nicht angemessen. Immerhin war die Erste Bank eines jener Geldinstitute, das sich während der Finanzkrise mit Steuergeldern aushelfen ließ. „Es ergibt ein sehr schlechtes Bild, wenn man zuerst die Politik und das

Menschen um Hilfe bittet und dann, wenn man die Hilfe bekommen hat, Raffgier und Abgehobenheit an den Tag legt“, kritisiert Ostermayer.

Bankenbranche im Gerede

Vielleicht war Treichls Verbal-Attacke auch ein schlichtes Ablenkungsmanöver. In letzter Zeit hat sich die Banken-Branche nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Kaum ging es nach der Finanzkrise wieder bergauf, erhöhte man die Vorstandsgehälter kräftig – durchschnittlich um 20 Prozent. Erste Group und Raiffeisen zahlten ihren Vorständen sogar um 80 Prozent mehr. (siehe Kasten)

Unter dem Vorzeichen, dass man vor kurzem noch beim Staat angeklopft hat, um sich Steuergeld zu borgen, machen derartige Gehalts-Exzesse keinen guten Eindruck. Für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas stellen sie einen Affront gegenüber Steuerzahlern und Arbeitneh-

Risiken haften

mern dar, „die jetzt sehen müssen, dass es dort offensichtlich keine Hemmungen gibt, wieder kräftig abzukassieren“.

Höhere Bankensteuer und Gagenlimit für Manager

Rudas fordert daher, dass die steuerliche Absetzbarkeit von Manager-Gehältern beschränkt wird. Dass bei den Geldinstituten Spielräume bestehen, wurde durch die horrenden Gagen-Erhöhungen hinreichend bewiesen. Für die SPÖ ist daher auch eine Anhebung der Bankenabgabe denkbar. Bis Herbst solle man die Gewinnentwicklung bei den Banken beobachten, schlägt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter vor. Steigen die Gewinne weiter, wäre eine Erhöhung der Bankenabgabe „legitim“.

HINTERGRUND

Manager kassieren wieder ab

Zumindest auf den Gehaltszetteln der Manager ist die Wirtschaftskrise schon wieder Geschichte. Die Vorstände der österreichischen Top-Konzerne können sich über ein dickes Gagen-Plus freuen:

- Im Schnitt verdienen sie im Jahr 2010 1,15 Mio. Euro – um durchschnittlich 20 Prozent mehr als 2009.
- Ein Top-Vorstand erhält heute das 41-fache des durchschnittlichen Beschäftigten – vor zehn Jahren war es noch „nur“ das 20-fache.
- Besonders stark gestiegen sind die Gehälter gerade bei den Banken: Erste Bank Group und Raiffeisen zahlten ihren Vorständen 2010 um satte 80 Prozent mehr als im Jahr davor.
- Aber auch die Aufsichtsräte profitieren: Die Erste Bank gab dieser Tage die Verdoppelung (!) der Vergütung für ihre Aufsichtsräte bekannt – von 350.000 auf 700.000 Euro. In der Aktionärsversammlung, in der Erste Bank-Generaldirektor Andreas Treichl das verkündete, reagierten die Kleinanleger wütend und sprachen von „dreist“ und „unverschäm“.

INTERVIEW

„Gehaltslimits für Banker sind ein Gebot der Stunde“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über wild gewordene Banker und die Notwendigkeit der Hilfen für Portugal und Griechenland.



Zimmer

Daher die klare Forderung, dass sich Gehälter und Bonuszahlungen am nachhaltigen Unternehmenserfolg messen müssen, nicht an einem einjährigen Erfolg. Die Rückstellungspflicht von Bonuszahlungen für Bankenmanager war dabei bereits ein erster erfolgreicher Schritt, der umgesetzt wurde. Weitere Schritte müssen folgen. Auch bei der Bankenabgabe gilt es zu beobachten, am Ball zu bleiben und gegebenenfalls zu handeln.

„Das Geld, das an Griechenland und nun auch an Portugal gegeben wird, ist kein verschenktes Geld. Es sind Kredite, die auch mit Zinsen zurückbezahlt werden müssen.“

Staatssekretär Andreas Schieder zur griechischen Schulden-Krise

„SPÖ Aktuell“: Kaum geht es mit den Banken wieder bergauf, werden auch die Bankmanager wieder mutig. Was entgegnen Sie Erste-Chef Andreas Treichl auf seine Politiker-Beschimpfung?

Andreas Schieder: Die Art und Weise wie der Erste-Chef hier versucht, von den hohen Boni und Gehältern abzulenken, ist nicht akzeptabel. Die Überwindung der Krise hat Österreich vor enorme Aufgaben gestellt. Unter anderem mussten dabei auch mehrere Banken gerettet werden, was Herr Treichl anscheinend schon wieder vergessen hat. Die Bundesregierung hat die Krise vorbildlich bewältigt. Das zeigt ein Blick über die Grenzen deutlich. Dennoch gibt es natürlich noch viel zu tun. Dafür erwarten wir uns konstruktive Vorschläge von allen Seiten, anstatt populistischer Aussagen.

Treichls Rundumschlag könnte auch mit den SPÖ-Forderungen nach höherer Bankenabgabe und Gehaltslimits für Banker zusammenhängen. Bleiben Sie dabei?

Schieder: Gehaltslimits für Banker sind ein Gebot der Stunde. Wir befinden uns bei den Gehältern und den Boni wieder auf der Höhe der Zahlen, die es auch vor der Krise gab.

Ein Blick über unsere Grenzen: Nach Griechenland wird nun auch Portugal von der EU finanziell unter die Arme gegriffen, auch Österreich beteiligt sich. Warum ist diese Hilfe notwendig?

Schieder: Der Euro ist immer noch eine stabile Währung und steht trotz der derzeitigen Probleme gut da. Sollten nun einige Länder aus der Eurozone ausgeschlossen werden, hätte das fatale Folgen, nicht nur für die ausgeschlossenen Länder sondern für den gesamten Euroraum. Wer solch populistische Aussagen macht, hat die letzten Jahre wirtschaftspolitisch verschlafen. Hier gilt es, auch im Sinne der österreichischen Bevölkerung und des Standorts Österreich Solidarität zu zeigen.

Und was antworten Sie den Österreichern, die nicht damit einverstanden sind, mit ihrem Steuergeld Griechen und Portugiesen aus dem Schlamassel zu ziehen?

Schieder: Das Geld, das an Griechenland und nun auch an Portugal gegeben wird, ist kein verschenktes Geld. Es sind Kredite, die auch mit Zinsen zurückbezahlt werden müssen. Griechenland und Portugal zahlen außerdem einen hohen Preis durch die starken – auch sozialen – Einschnitte, die sie nun zu bewältigen haben. Entscheidend ist es jetzt, den beiden Ländern wieder auf die Beine zu verhelfen, damit nicht ganz Europa darunter leidet.

KOMMUNALES

Durchbruch: Fairnesspaket für Bürgermeister

Ein von SPÖ und ÖVP gemeinsam eingebrachter Initiativantrag bringt bessere sozialrechtliche Absicherung für Österreichs Gemeindeführer.



Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter ist das Fairnesspaket ein „Durchbruch“ in der sozialen Absicherung von Bürgermeistern. Im Bild mit Bernhard Müller, Bgm. von Wiener Neustadt und Vorsitzender des Kommunalpolitischen Referats der SPÖ.

Der im Parlament eingebrachte Antrag beinhaltet die Lösung pensions- und arbeitslosenversicherungsrechtlicher Probleme für politische Mandatarinnen und Mandatare und bringt endlich gleiche Bedingungen für

Beamte und ASVG-Versicherte in den Gemeindestuben. „Es geht auch um ein gesellschaftspolitisches Signal an die Bürgermeister in den Kommunen, die unter schwierigen Bedingungen Großartiges leisten. Die enorme Verantwortung verdient einerseits Respekt und Anerkennung durch die Gesellschaft, andererseits muss es zumutbare Standards im sozialrechtlichen Bereich geben“, betont SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

Aktuell besteht für Bürgermeister keine Vorsorge für eine mögliche Arbeitslosigkeit, eine Ungerechtigkeit, die es dringend zu beseitigen gilt. Außerdem kommt es zu einer fairen, seit langem geforderten Regelung im Zusammenhang mit der Einzahlung von Pensionsbeiträgen. Im Detail soll die Zuverdienstgrenze bei Frühpensionierungen geändert und somit die Ungerechtigkeit zwischen ASVG-, GSVG-, BSVG-Pensionisten gegenüber Beamten im Ruhestand beseitigt werden. Von allen drei Neuregelungen sind Bürgermeister, Vizebürgermeister, Vorstände und Ge-



„Dass ein ASVG-versicherter Bürgermeister derzeit nur bis zur Geringfügigkeitsgrenze dazuverdienen darf, war dringend reformbedürftig“, erklärt SPÖ-Nationalratsabgeordneter Kurt Gaßner, der sich in den Verhandlungen mit der ÖVP intensiv engagiert hat.

meinderäte mit Ausnahme großer Städte betroffen, ausgeschlossen bleiben alle Mandatare auf Landes-, Bundes- und Europaebene. ♦

ÖH-WAHL

24. – 26. Mai: VSStÖ wählen!

Der Verband Sozialistischer Student_innen (VSStÖ) kämpft bei den kommenden ÖH-Wahlen mit voller Kraft für den freien Hochschulzugang.

Angelika Gruber, Spitzenkandidatin des VSStÖ, kennt Probleme mit der Studienfinanzierung und Knock-out Prüfungen aus eigener Erfahrung. Nach der Matura verbrachte sie ein Jahr in den USA und konnte miterleben, wie ihre Gastfamilie für kleine Kinder Bildungskonten anlegen musste, um ihnen später ein Studium zu ermöglichen. Auf der WU musste sie sich durch zahlreiche Knock-out Prüfungen kämpfen, die als künstliche Zugangsbeschränkungen eingebaut wurden. In der Folge begann sie, sich beim VSStÖ zu engagieren. Hier kämpft sie nun für eine



VSStÖ-Spitzenkandidatin Angelika Gruber und SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz bei einer Podiumsdiskussion im Republikanischen Club.

Verbesserung der finanziellen Situation der Studierenden, mit dem Ziel, mehr Studierende an die Hochschulen zu bringen.

Freie Bildung

Der VSStÖ fordert eine Anhebung der Höchststudienbeihilfe auf 800 Euro und eine altersunabhängige Grundsicherung in der Höhe von 250 Euro. Gänzlich kontraproduktiv seien daher auch Zugangsbeschränkungen. Die ÖH muss für freie Bildung kämpfen, sagt Gruber: „Für mich ist Bildung ein öffentliches Gut!“ Um Massenstudien zu entlasten, möchte der VSStÖ das Beratungsangebot in Schulen verbessern und eine Studienorientierungsphase einführen. ♦

Roman

Schwarze Diamanten

Bruno, Chef de police, findet die Antwort auf die Frage, was Trüffeln mit Frankreichs Kolonialkrieg in Vietnam zu tun haben.

Das Périgord ist die Heimat der schwarzen Trüffeln – sie sind bei einem Preis von 5.000 Euro pro Kilo der wichtigste Bodenschatz der Region. Als bekannt wird, dass diese „schwarzen Diamanten“ auf dem Trüffelmarkt des Nachbarorts mit billigen Importen aus Asien verschnitten werden, muss Bruno ermitteln. Der Fall nimmt eine dramatische Wendung, als ein furchtbarer Mord an Brunos altem Jagdfreund Hercule, dem größten Trüfflexperten der Region, begangen wird. Bruno steht nun vor der

Herausforderung, die Verbindung zwischen diesem und einigen lange zurückliegenden Verbrechen zu finden, die eng mit Frankreichs unrühmlicher kolonialer Vergangenheit in Indochina verknüpft sind. Der Autor, Martin Walker, Schriftsteller, Historiker und Politik-Journalist, schafft es, die Geschichte von einer beschaulichen Erzählung über eine kulinarische Spezialität hin zu einem rasanten Thriller, der mehrere Kontinente und ein halbes Jahrhundert umspannt, zu steigern. ♦

Manifest

Verändert euch!

Ziel diese „Manifests“ ist es, stichhaltige Argumente für einen energiepolitischen Neubeginn zu liefern.

Nach Fukushima steht die Welt an einem Wendepunkt. Der energiepolitische Neubeginn ist unvermeidlich und kann nur gelingen, wenn es eine Abkehr von unbegrenztem Wachstum auf Kosten der nächsten Generationen gibt. Angesichts der dramatischen Ereignisse in Japan ist die Auseinandersetzung des Buches mit dem Risikofaktor Kernkraftwerk besonders spannend. Das Buch geht über die derzeit geführte Debatte um die Katastrophensicherheit von Kernkraftwerken hinaus und

fragt auch nach der Bedrohung durch AKW, die als Terrorziele ausgewählt werden. Der Umbau der europäischen Energiewirtschaft hin zu erneuerbaren Energieformen und mehr Energieeffizienz wird ausführlich beleuchtet. Mit „Verändert euch! – Das Manifest zur Energiewende“ wollen Autoren wie Christa Wolf, Friedrich Schorlemmer, Landolf Scherzer oder Robert Misik Fürsprecher einer Energiewende das nötige Rüstzeug an die Hand geben. ♦

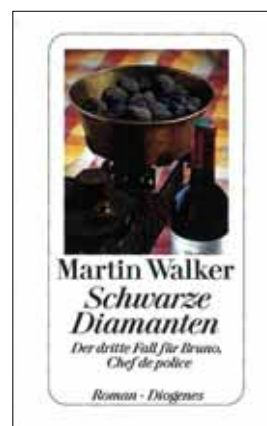
Ökonomie

Aktivierung und Mindestsicherung

Namhafte Experten und Wissenschaftler diskutieren Wege für eine gerechte Teilhabe aller in der Gesellschaft.

Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Arbeitsmarktintegration sind im Spannungsfeld zwischen Mindestsicherung und Aktivierung angesiedelt. Sie zielen auf eine möglichst rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Aktivierung ist dabei Symbol und Leitbild für einen Paradigmenwechsel zur Gestaltung sozialer Sicherheit. Renommiertere Experten und Wissenschaftler setzen sich in diesem Buch mit nationalen und europäischen Strategien zur Bekämpfung von zuneh-

mender Armut, sozialer Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit auseinander und diskutieren dabei zum Teil konträre Theorien und Konzepte. Im Mittelpunkt steht dabei die Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe. Mit Beiträgen u.a. von Roland Atzmüller, Marcel Fink, Edeltraud Glettler, Markus Griesser, Marina Kolb, Helga Kranewitter, Manfred Krenn, Bettina Leibetseder, Alexis Mundt, Andreas Riesenfelder, Martin Schenk, Bruno Scherhammer. ♦

☐ Stk.


Martin Walker:
Schwarze Diamanten.
Diogenes Verlag, Zürich 2011;
352 S., 23,60 €

☐ Stk.


Wolf, Leyendecker, uvm.:
Verändert euch! Das Manifest zur Energiewende.
Aufbau-Verlag, Berlin 2011;
237 S., 15,50 €

☐ Stk.


Christine Stelzer-Orthofer,
Josef Weidenholzer (Hsg.):
Aktivierung und Mindestsicherung.
Mandelbaum Verlag,
Wien 2011; 315 S., 17,80 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

EUROPARAT

Konvention gegen Gewalt an Frauen rasch umsetzen

Die neue Konvention des Europarates zum Schutz von Frauen vor Gewalt, die von 13 europäischen Staaten unterzeichnet wurde, ist richtungsweisend für die Bekämpfung von häuslicher Gewalt.



Gisela Wurm und Christine Muttonen sind Mitglieder des Europarats und haben dort das österreichische Know-how zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen eingebracht.



Wurm und die Außenpolitische Sprecherin der SPÖ, Christine Muttonen überzeugt. „Mit dieser Konvention ist ein Meilenstein gelungen, damit häusliche Gewalt in ganz Europa enttabuisiert und das Schweigen zu den tagtäglichen Menschenrechtsverletzungen gebrochen wird“, betonen die Nationalratsabgeordneten. Beim Treffen der Außenminister der 47 Mitgliedsstaaten des Europarates in Istanbul

Konvention so schnell wie möglich ratifizieren und umsetzen“, fordern Wurm und Muttonen.

Österreich ist Vorbild bei Gewaltprävention

Die Konvention schreibt vor, dass die Gleichheit von Mann und Frau in den nationalen Verfassungen verankert und sämtliche diskriminierenden Vorschriften beseitigt werden müssen. Auch konkrete Hilfsangebote und die Sensibilisierung der Bevölkerung für das Thema Gewalt an Frauen stehen im Mittelpunkt der Konvention. „Österreich ist mit seinen Gewaltschutzgesetzen wegweisend und in Sachen Gewaltprävention Vorbild in ganz Europa“, sagte Wurm, die auch Präsidentin des Unterausschusses „Gewalt gegen Frauen“ im Europarat ist. ♦

Die Konvention wird die Gesetzgebung in den Staaten wesentlich in Richtung Gewaltschutz verbessern, sind SPÖ-Frauensprecherin Gisela

wurde die Konvention von 13 Staaten, darunter Österreich, Deutschland und die Türkei, unterzeichnet. „Jetzt ist es wichtig, dass alle europäischen Regierungen die

SOZIALVERSICHERUNG

Arbeitgeber: Schulden von 1 Milliarde Euro

Die Zahlungsrückstände der Arbeitgeber bei den Gebietskrankenkassen sind enorm.

Mit Stichtag 31. Dezember 2010 stehen die Unternehmen bei den Sozialversicherungen mit über einer Milliarde Euro in der Kreide. Das ergab die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage vom Nationalratsabgeordneten und stv. Bundesvorsitzenden der PRO-GE, Franz Riepl. Zudem stiegen jene Beiträge, die die Krankenkassen als uneinbringlich abschreiben mussten, von 125,7 Mio. (2009) auf 158,8 Mio. Euro (2010). „Zwischen den Jahren 2000 und 2010 mussten die Sozialversicherungen insgesamt 1,435 Milliarden Euro abschreiben. Das ist Geld, das den Krankenkassen, aber auch der Pensionsversicherung bitter fehlt“, sagt Riepl. ♦



NR-Abg. Franz Riepl fordert, die Wirtschaft bei Beitragsschulden stärker in die Verantwortung zu nehmen.

SCHULE

„Bildung braucht Persönlichkeit“

Im Bildungssystem geht es nicht nur um Wissensvermittlung, sondern auch um die Entwicklung der Persönlichkeit, sagt der Hirnforscher Prof. Gerhard Roth.

Gerhard Roth ist Universitätsprofessor am Institut für Hirnforschung in Bremen. Sein neuestes Buch „Bildung braucht Persönlichkeit. Wie lernen gelingt.“ beschäftigt sich mit der Frage, warum ein Schulsystem Milliarden verschlingt, aber – wie Pisa zeigt – wenig dabei herauskommt. Roth ist der Meinung, dass die Erkenntnisse der Psychologie über die Rolle von Persönlichkeit und Motivation beim Lernen verstärkt Eingang ins Bildungssystem finden müssen. SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer sieht bei der Pensionierungswelle in den kommenden Jahren eine große Chance für einen Modernisierungsschub in unseren Schulen. ♦



Der renommierte deutsche Hirnforscher Prof. Gerhard Roth folgte einer Einladung zum Gespräch mit Bildungsministerin Claudia Schmied und SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer.



FREIZEIT

Sicher Bergwandern in Österreich

Wandern ist bei den Sommerurlaubern in Österreich unangefochten auf Platz eins der Urlaubsaktivitäten. Doch am Berg lauern viele Gefahren: Die Alpinunfälle haben 2010 deutlich zugenommen.



Fotolia

gab angesichts dieser beunruhigenden Entwicklung im Rahmen einer Pressekonferenz gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Naturfreunde der Stadt Salzburg, Wolfgang Gallei, Tipps zur Unfallvermeidung und Unfallvorbeugung (siehe Kasten) und präsentierte aktuelles Zahlenmaterial zu Alpinunfällen. „Die Attraktivität des Sommerurlaubs und der Naturentdeckung in Österreich soll noch weiter gesteigert werden. Sicherheit am Berg leistet dazu einen wesentlichen Beitrag“, sagte Maier.

Die Sicherheit am Berg ist eine wesentliche Voraussetzung für einen gelungenen Wanderurlaub“, sagt SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier.

Über 7.100 Alpinunfälle wurden 2010 gezählt, es gab 6.577 Verletzte und 276 Menschen wurden getötet. Zum Vergleich: In der Schweiz gab es 2010 173 tödliche Alpinunfälle. SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier

Information und Aufklärung notwendig

Rund 4.000 der verletzten Personen waren Urlauber aus dem Ausland. Maier hält es daher für absolut notwendig, die Information und Aufklärung über alpine Gefahren auszubauen. „Reiseveranstalter und die österreichischen Tourismusregionen sind

INFO

Unfallvermeidung und -vorbeugung

Besonders wichtig ist es, die eigenen Fähigkeiten richtig einzuschätzen, die Ausrüstung auf die Gegebenheiten abzustimmen und die Route sorgfältig zu planen. Besser ist auch eine Wanderung in Gruppen, jedenfalls aber sollte die Tour zuvor bekannt gegeben werden. Als besonderes Service der Naturfreunde gibt es einen SOS-Button für iPhones. Durch Berühren des Buttons wird der Notruf 112 gewählt und die Koordinaten des Standorts durchgegeben. Eine gute Möglichkeit, um für den Unglücksfall vorzusorgen, bietet darüber hinaus das Naturfreunde-Freizeit-Unfallservice.

Webtipps: www.naturfreunde.at
www.tourenportal.at

hier gefordert“, so der SPÖ-Konsumentenschutzsprecher. ♦

DASEINSVORSORGE

Keine Liberalisierung bei öffentlichen Dienstleistungen

Das hohe Niveau der Daseinsvorsorge in Europa darf nicht durch internationale Handels- und Investitionsabkommen gefährdet werden.

Für die SPÖ ist es wichtiger, dass den Bürgerinnen und Bürgern zu einem günstigen Preis qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen, von der Wasserversorgung bis zum öffentlichen Verkehr, zur Verfügung gestellt werden, als dass ausländische Konzerne besondere Profite in diesem Bereich erwirtschaften“, betont SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter. Es muss weiterhin das Recht der einzelnen EU-Staaten sein, über Definition, Organisation und Anforderungen an öffentliche Dienstleistungen zu entscheiden und ihre öffentlichen Dienstleistungen in Handelsabkommen abzusichern. ♦

SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter: Österreich soll weiter souverän über seine öffentlichen Dienstleistungen bestimmen. ♦

SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter: Österreich soll weiter souverän über seine öffentlichen Dienstleistungen bestimmen.



Spiola

INFRASTRUKTUR

Bahnausbau ist absolut notwendig

SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl kritisiert die skandalösen „Einsparungsvorschläge“ beim Bahnausbau von VP-Verkehrssprecher Maier.

VP-Maier will auf Basis einer ominösen Studie wichtige Großprojekte wie z.B. die Koralmbahn, den Brenner-Basistunnel und den Semmering-Basistunnel zusammenstreichen oder ganz einstellen. Heinzl wertet das als einen „Anschlag auf die Standortqualität Österreichs und auf die zukünftigen Chancen der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts“. Nur mit dem Bahnausbau könnten die Klimaschutzziele erreicht werden und die ÖBB im Wettbewerb mithalten, sagt Heinzl. Der SPÖ-Verkehrssprecher erinnert VP-Maier auch daran, dass eine Evaluierung die Notwendigkeit des Schienenausbaus klar bestätigt hat. ♦

ÖBB



Der Ausbau der Schiene ist eine Zukunftsvorsorge für die Österreicherinnen und Österreicher, bekräftigt SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl.

WIEN

Stadt der Frauen



Schedl

Am Podium:
Die SPÖ Frauen
Renate Brauner,
Sonja Wehsely,
Sandra Frauen-
berger, Petra Bayr
und Andrea
Kuntzl.



Viel erreicht, aber noch viel vor – so lautete der Tenor der Jahreskonferenz der Wiener SPÖ Frauen. Das Leitthema für die Zukunft heißt „Gerechtigkeit“.

„Wien ist die Stadt der Frauen“, sagte die Vorsitzende der Wiener SPÖ Frauen, Vizebürgermeisterin Renate Brauner und zog eine positive Bilanz über das bisher Erreichte. Als Ergebnis „konsequenter sozialdemokratischer Frauenpolitik“ finden Frauen in Wien österreichweit die besten Rahmenbedingungen vor, um Beruf und Familie zu vereinbaren – etwa flächendeckende Kinderbetreuungsplätze für 3- bis 6-Jährige. Bei den Unter-Dreijährigen

werde man das Ziel von 33 Prozent noch in diesem Jahr erreichen und der Grati-kindergarten in Wien sei ebenfalls gesichert, verkündete Brauner. Auch bei Frauen in Führungspositionen ist Wien ein Vorzeigebundesland. Nicht nur in der Wiener Stadtregierung, sondern auch in den Vorständen der Wiener Stadtwerke und der Wien Holding gibt es einen Frauenanteil von 50 Prozent. „Im Magistrat werden bereits 22 von 62 Abteilungen von Frauen geleitet“, unterstrich die Vizebürgermeisterin. Es gäbe jedoch immer wieder konservative Kräfte, die versuchen, hart Er kämpftes zunichte zu machen, mahnte Brauner. Das zeige sich etwa in der aktuellen Diskussion um die ge-

meinsame Obsorge. „Wir Frauen wollen keinen Rückschritt“, betonte Brauner. Von den SPÖ Frauen gibt es daher „ein klares Nein zur gemeinsamen Zwangs-Obsorge“.

Gerechtigkeit für Frauen

Auch in Zukunft werden die Wiener SPÖ Frauen „gemeinsam, stark und geschlossen“ die Interessen von Frauen vertreten, bekräftigte Brauner. Das Stichwort lautet „Gerechtigkeit“: „Wir wollen Gerechtigkeit bei der Entlohnung, am Arbeitsmarkt, in der Familie und in der Verteilung von Wohlstand“, brachte die Wiener Frauen-vorsitzende die Forderungen auf den Punkt. ♦

ARBEITERFISCHER

Kräuter als Präsident wiedergewählt

Zinner



**Alter und neuer
Präsident
des Verbands
der Arbeiter-
fischereivereine:
NR-Abg.
Günther Kräuter**

**Der Koi
wurde
schonend
zurückgesetzt.**



Arbeiterfischer



Mit 96 Prozent der Dele-giertenstimmen wurde NR-Abg. Günther Kräu-ter eindrucksvoll im Amt bestätigt.

Der 63.-Verbandstag der größten heimi-schen Fischereivereinigung, des Ver-bandes der österreichischen Arbeiter-fischereivereine (VÖAFV), stand ganz im Zeichen der Feierlichkeiten zum 90-jäh-rigen Bestandsjubiläum. Bei der Konfe-renz diskutierten die rund 100 Delegier-ten aus den 60 Vereinen die zentralen

Anliegen der Arbeiterfischer: leistbare Fischereimöglichkeiten für die Bevölke-rung, Förderung der Jugend und umfas-sender Gewässerschutz. Als VÖAFV-Vizepräsidenten wurden Eva Kral (Wien), Peter Holzschuh (NÖ) und Gerhard Leit-geb (NÖ) mit großer Mehrheit wieder-gewählt. ♦

SOHO

Adoptionsrecht für Regenbogeneltern



**„Für Vielfalt! Gegen Homophobie! Gegen Transphobie!“
fordert die SoHo Salzburg.
(SoHo-LV Djundja, SoHo-Landessekretär Stefan Gaßner
und SPÖ-Landes-GF Höfferer).**

Die SoHo (Sozialdemokratie und Homosexualität) fordert die Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen. Das muss auch das Recht auf Adoption beinhalten, betont die SoHo Salzburg.



„Kinder wachsen gut auf, wo sie geliebt

werden. Kinder wachsen bei zwei Müttern oder zwei Vätern, also bei Regenbogeneltern, genauso gut auf wie in anderen Lebensgemeinschaften“, sagt Salzburgs SPÖ-Landesgeschäftsführer Uwe Höfferer. Bisher ist die Adoption eines Kindes für homosexuelle Paare in Österreich immer noch verboten. „Die im Gesetz

für eingetragene Partnerschaften von Seiten der ÖVP geforderte Lösung ist diskriminierend und geht an der Lebensrealität der bereits bestehenden ‚Regenbogenfamilien‘ vorbei“, kritisiert Höfferer. Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden der SoHo Salzburg Georg Djundja fordert er daher die ersatzlose Streichung des Adoptionsver-

bots. „Es bedarf einer gleichberechtigten rechtlichen Absicherung aller Kinder, sowohl in heterosexuellen als auch homosexuellen Lebensgemeinschaften“, so Djundja.

Für Respekt und Gleichstellung

„In Österreich wurde in den letzten Jahren einiges erkämpft und erreicht“, erinnerte Peter Traschkowitsch, Bundes- und Wiener Landesvorsitzender der SoHo, anlässlich des Internationalen Tags gegen Homophobie und Transphobie am 17. Mai. Dennoch dürfe nicht vergessen werden, dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität immer noch diskriminiert werden – vor allem vom rechten Lager. Gemeinsam mit der SPÖ werde die SoHo daher auch in Zukunft Aktionen setzen, die „entschieden gegen Homophobie, Transphobie, Sexismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auftreten“, betonte Traschkowitsch. ♦

NIEDERÖSTERREICH
Arbeitsbesuch der
SPD-Niedersachsen

Im Mittelpunkt des regen Austausches zwischen Niedersachsen und Niederösterreichern stand das Thema „Ökologisierung der Energiegewinnung“.

Niedersachsen zählt zu den deutschen Vorzeigebundesländern in Sachen Ökologie. „Es wird seit über 20 Jahren massiv und sehr erfolgreich in erneuerbare Energien investiert“, weiß SPNÖ-Klubobmann LAbg. Günther Leichtfried zu berichten. Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen den zwei Bundesländern würden sich vor allem in Sachen E-Mobilität bieten. Niedersachsen verfügt durch die ansässige Autoindustrie über tiefgreifendes Know-how in diesem wichtigen Zukunftsbereich. Großes Interesse bekundete die SPD-Delegation an der SPNÖ-Initiative für ein landesweites Plastiksackerlverbot. ♦



Michael Rüter (Lgf. SPD Niedersachsen), Olaf Lies (Landesvorsitzender SPD Niedersachsen, Landtagsabgeordneter), LHStv. Sepp Leitner, SPNÖ-Klubobmann Günther Leichtfried und Christoph Matteredne (Geschäftsführer Neue Medien und Redaktionssystem SPD Niedersachsen)

STEIERMARK
Leistungsschau fürs
Ehrenamt

37 Projekte aus ganz Österreich wurden im Kulturhaus Bruck an der Mur bei der ersten österreichweiten Messe des freiwilligen Engagements präsentiert.

Der Bogen dieser „Leistungsschau der ehrenamtlichen Arbeit“ reichte von Seniorenreisen über Projekte der jungen Volkshilfe bis hin zu Bastelrunden. „Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihren Einsatz – freiwilliges Engagement ist für ein menschliches Miteinander unerlässlich“, sagte Landeshauptmann Franz Voves zu den zahlreichen Ehrenamtlichen. Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer betonte angesichts der vielen Freiwilligen seinen Stolz, Teil der Volkshilfe zu sein. Die Messe diente dem Erfahrungsaustausch der ehrenamtlich Engagierten und soll an unsere soziale Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen erinnern. ♦



Barbara Gross (Volkshilfe Stmk.), Volkshilfe-Schirmfrau Margit Fischer, Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer und LH Franz Voves eröffneten die erste Messe des freiwilligen Engagements in Bruck a. d. Mur.

SPÖ NÖ

Volkshilfe



wikimedia commons

Produktivkraft Ökologie

Trotz der Vielzahl an Krisen in der letzten Zeit hat sich nur wenig geändert. Versuche der Regulierung der Finanzmärkte, Klimaverhandlungen, Atom-Ausstiegsszenarien oder andere Bemühungen um eine progressive Wachstums- und Fortschrittsdebatte finden nach dem Mikado-Prinzip statt. Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Mit anderen Worten: Sie finden gar nicht statt.

„Um den notwendigen Umbau unserer Wirtschaft zu realisieren, muss neben der Energieerzeugung vor allem das Energiesparen stärker in den Blick genommen werden.“

Wir werden mit immer mehr Entwicklungen konfrontiert, die nicht so steuerbar sind, wie wir geglaubt haben – die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und die Tragödie von Fukushima sind Beispiele.

Zu hoffen ist, dass der tragischen Katastrophe in Fukushima tatsächlich ein ehrliches, ein konsequentes Umdenken folgt. Das magische Dreieck der Energieversorgung, bestehend aus Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit muss neu definiert und konstruiert werden.

Aber um den notwendigen Umbau unserer Wirtschaft zu realisieren, muss neben der Energieerzeugung vor allem das Energiesparen stärker in den Blick genommen werden – zur Senkung unserer CO₂-Emissionen und zur Erhöhung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Schaut man sich die Kostenstruktur im produzierenden Gewerbe an, weiß man, wo sich die wirklichen Stellschrauben zum Kostensparen verbergen. Rund 43 Prozent der Kosten sind heutzutage Energie- und Ressourcenkosten. Die Lohnkosten liegen unter 20 Prozent! Große Schritte bei der Steigerung der Energieeffizienz können insbe-



Im produzierenden Gewerbe sind rund 43 Prozent der Kosten Energie- und Ressourcenkosten, während die Lohnkosten unter 20 Prozent liegen.

sondere bei der Gebäudewärme, der Prozessenergie in der Industrie und im Verkehrssektor erreicht werden.

Aber auch das ist nicht alles. Die Wertschöpfungskette im Bereich der ökologischen Industriepolitik ist riesig und geht weit über den in der öffentlichen Debatte zumeist auftauchenden Bereich der erneuerbaren Energien, deren Speicherung, Leitung und

Steuerung hinaus. Die daraus entstehenden Chancen für Wachstum und Beschäftigung sind enorm. Nach den Prognosen verschiedener Forschungsinstitute können wir in diesem Jahrzehnt bis zu zwei Millionen neue Jobs im Bereich der grünen Technologien in Deutschland schaffen.

Klar ist aber auch: Damit die Potenziale genutzt werden, muss der Staat eine gestaltende Rolle einnehmen. Märkte sind blind, was die Sicherung und den Schutz öffentlicher Güter betrifft oder wenn es darum geht, dem Fortschritt die richtige Richtung zu geben. Sie brauchen deshalb die richtigen Anreize. Wie es funktioniert, zeigt das EEG. Diese hat eine Flut von Investitionen und technischen Neuerungen in der Wind- und Solarenergie und anderen Erneuerbaren Energien ausgelöst. Die Anzahl der Patente in diesem Bereich in Deutschland hatte sich im Jahr 2002 im Vergleich zum Jahr 1998 um gut 270 Prozent gesteigert. Hätte die Politik nicht die richtigen Weichenstellungen vorgenommen, wäre dieser Wirtschaftszweig vielleicht gar nicht entstanden. ♦

Matthias Machnig ist Wirtschaftsminister von Thüringen und war davor Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie von 1999 bis 2002 Bundesgeschäftsführer der SPD. (Die gekürzte Version des Textes ist unter www.oe2020.at abrufbar.)

Schaffen wir „grünes“ Wirtschaftswachstum, das faire Bedingungen für alle ermöglicht? Am Montag, dem 23. Mai, steht das aktuelle Thema von Ökologie als Ökonomie des 21. Jahrhunderts im Zentrum einer Österreich2020-Veranstaltung im Wiener Museumsquartier. Matthias Machnig,

Wirtschaftsminister in Thüringen und früherer Staatssekretär im deutschen Umweltministerium, betont den Zusammenhang zwischen technologischem Fortschritt und nachhaltigem Wirtschaften. Die Veranstaltung wird per Livestream auf www.oe2020.at übertragen und später per

Video on demand abrufbar sein. Auf Homepage (www.oe2020.at) wird das Thema auch zur breiten Diskussion gestellt.

Beginn: 19 Uhr

Ort: Museumsquartier (Ovalhalle)
Museumsplatz 1, 1070 Wien ♦

80 Millionen für den Sport in Österreich!

Die Sportförderung der Österreichischen Lotterien
ist unverzichtbar für die Finanzierung des heimischen
Spitzen- und Breitensports. Ohne sie stünden wohl viele
Vereine vor dem Aus.

Gut für Österreich.



österreichische
LOTTERIEN



Wichtiges Gedenken

Über 7.000 Personen nahmen am 8. Mai an der Gedenkfeier zur Befreiung des Konzentrationslager Mauthausen teil. Das offizielle Österreich war u.a. durch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Gesundheitsminister Alois Stöger vertreten. (In der letzten Ausgabe haben wir leider ein falsches Foto verwendet. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen. Die Redaktion.)

Beste Zukunft

Sozialminister Rudolf Hundstorfer (im Bild mit Nachwuchskickern) unterstützt das Projekt „Bau deine Zukunft“ der Bau-Akademie in Guntramsdorf. Es ermöglicht Fußball-Talenten, einen Lehrberuf zu ergreifen. Mit im Bild: Der Guntramsdorfer Bürgermeister Karl Sonnweber (4. v.l.) und NR-Abgeordneter Hannes Weniger (2. v.r.)



Großer Kongress

Vor kurzem fand der 32. Bundesjugendkongress des ÖGB statt, der unter dem Motto „Plan B-ildung – Wir beseitigen die Schieflage“ stand. Bundeskanzler Werner Faymann erteilte Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich, wie sie derzeit europaweit angedacht und umgesetzt werden, eine klare Absage.



Junge Besucher

Der von Kulturministerin Claudia Schmied (im Bild mit Schülerinnen und Schülern der „Bunten Schule Währing“) initiierte freie Museumseintritt für alle bis 19 Jahre ist ein voller Erfolg. Allein in der „Wagenburg“ konnte vor kurzem der 19.000 Besucher unter 19 Jahre begrüßt werden. Im Bild: KHM-Generaldirektorin Sabine Haag (hinten, 3. v. l.) und Wagenburg-Direktorin Monica Kurzel-Runtscheiner (hinten, 1. v. l.).

